

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Korrektes Hochdeutsch und gegen Umerziehung – Keine Verpflichtung
zur Gendersprache in Hamburgs Behörden!**

Die deutsche Sprache ist das Fundament unserer Kultur. Sie ist ein über Jahrhunderte gewachsenes Kulturgut, das Identität und Zusammenhalt stiftet. Seit Jahren versuchen verschiedene Gruppen aus den Bereichen Kultur, Medien und Politik, die deutsche Sprache mittels vermeintlich geschlechtergerechter Sprachformen zu beeinflussen und so die Bevölkerung umzuerziehen. So greifen immer mehr Institutionen, von Kommunen, Kirchen, Medien bis hin zu Schulen, auf das „Gendern“ zurück – ohne jedwede demokratische Legitimation.

Auch im rot-grünen Koalitionsvertrag der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft sind zielgerichtete Schritte zur Umstrukturierung aufgeführt. Der Koalitionsvertrag selbst ist mit über 500 Gendersternen erstmalig in Gendersprache formuliert. Dies soll den politischen Willen für mehr „Geschlechtergerechtigkeit“ bezeugen. Zur geplanten sprachlichen Umgestaltung der Behördensprache heißt es: „In Hamburg wollen wir konkrete Handlungsempfehlungen für die Verwaltungssprache entwickeln, die alle Geschlechter adressiert, sowie die Beratung und Koordination bei der weiteren Umsetzung in Folge des Bundesverfassungsgerichts-Urteils zur dritten Option begleiten.“¹

Jüngsten Medienberichten zufolge hat die grün geführte Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke nun einen Entwurf vorgelegt, mit dem die Hamburger Behörden zur Anwendung der Gendersprache verpflichtet werden sollen.² Demnach wäre dieser Vorstoß zur verbindlichen Nutzung der Gendersprache noch weiter gehend als die im Koalitionsvertrag vorgesehene Handlungsempfehlung. Begründet wird der Schritt zum einen mit der vermehrten Anwendung der Gendersprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlecht („divers“). Statt wie bislang (Lehrerin oder) Lehrer soll es „Lehrkräfte“, statt (Mitarbeiterinnen und) Mitarbeiter „Mitarbeiter*innen“ heißen.

1995 beschloss der Senat Grundsätze für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Rechts- und Verwaltungssprache der Freien und Hansestadt Hamburg, mit einem „Grundsatz der sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern“. – Schon dies war grammatikalisch falsch. Zumindest hielt dieser Senatsbeschluss fest, dass Kurzformen wie Schrägstrich- oder Klammerausdrücke und das große Binnen-I nicht verwendet werden sollen. Es ist festzustellen, dass die Gleichstellungsbehörde nunmehr eine Abkehr von diesen – ohnehin grammatikalisch falschen – Rechts- und Verwaltungsvorschriften anstrebt, um diese noch weiter von der hergebrachten Grammatik und Orthografie wegzuentwickeln, augenscheinlich nach schlechtem Berliner

¹ Hamburger Koalitionsvertrag der 22. Legislaturperiode, Seite 133.

² <https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/sprach-befehl-fuer-hamburgs-behoerden-aendern-zum-gendern-76038448.bild.html>.

Vorbild. Eine Begründung zum Gebrauch der gendergerechten Sprachform ist im Übrigen nicht ersichtlich.

Die Argumentation, dass Gendersprache auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Anwendung findet, ist unzureichend und nicht maßgeblich, scheint vielmehr ein Zirkelschluss zu sein. Auch die Begründung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur dritten Option ist keine Berechtigung zur Einführung der Gendersprache. In Hamburg leben 14 Diverse (Stand 31.12.2020).³

In der Bevölkerung wird die „Gendersprache“ mehrheitlich abgelehnt. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage von Infratest-Dimap im Auftrag von „Welt am Sonntag“ vom Mai 2020.⁴ So lehnen 56 Prozent der Bürger das „Gendern“ ab. Unter den Frauen sprachen sich 52 Prozent dagegen aus. Lediglich 33 Prozent waren ganz oder eher dafür.

Auch der Verein Deutsche Sprache wandte sich im August 2020 in einem offenen Brief an den Ersten Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.⁵ Darin fordert er, öffentliche und amtliche Verlautbarungen in allgemeinverständlichem Standardhochdeutsch zu verfassen und die Sprache der Bürger zu sprechen: korrektes, klares Deutsch.

Die Gendersprache ist keine natürliche, sondern eine künstlich erschaffene, politisch korrekt markierte Sprache, die aus verschiedenen Gründen abzulehnen ist. Das Anwenden von Gendersternchen steht einer grammatikalisch korrekten Anwendung entgegen und behindert den Lesefluss. Nicht zuletzt erschwert es allen Deutsch lernenden Nicht-Muttersprachlern das Sprach- und Leseverständnis. Sie begrenzt das Denken und offenbart eine moralische Funktion: „Gendersprache“ suggeriert, es handle sich um die richtige im Sinne von „politisch korrekter“ Sprache. Wer nicht „gendersensibel“ kommuniziere, setzt sich dem Verdacht aus, er sei gegen Gleichstellung. Dieser gewollte Eingriff in die gewachsene deutsche Sprache hat nichts mit tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit gemein, sondern entspringt einem Willen zur Umerziehung des Volkes. Dies ist zutiefst demokratiefeindlich. Eine von Behörden und von oben herab diktierte Sprache führt in letzter Konsequenz zu einer verstärkten Spaltung der Gesellschaft.

Die AfD-Fraktion unterstützt die gleichberechtigte Behandlung von Frauen und Männern. Dafür bedarf es keiner „von oben“ durchgesetzten Gendersprache. Eine solche Umerziehung lehnen wir ab!

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. die Bestrebungen vonseiten der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke, eine verbindliche Vorschrift der Gendersprache in den Hamburger Behörden zu erlassen, entschieden zurückzuweisen,
2. den Behörden auf allen Verwaltungsebenen Empfehlungen auszusprechen, das „Gendern“ zu unterlassen und stattdessen klar formuliertes, grammatikalisch korrektes und verständliches Hochdeutsch anzuwenden,
3. der Bürgerschaft unverzüglich, spätestens aber bis zum 30. Juni 2021, zu berichten.

³ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74521/geschlechterverteilung_in_hamburg_2020.pdf.

⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article208647269/Umfrage-Mehrheit-der-Deutschen-lehnt-Gendersternchen-ab.html>.

⁵ https://vds-ev.de/wp-content/uploads/2020/09/ag_gendersprache-koalvert.pdf.